Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 9. Landesparteitages
15.11.2025, Friedrichsruhe

Beschluss

GEAS-Anpassungsgesetz stoppen!

Die Linke MV steht weiterhin solidarisch an der Seite von Schutzsuchenden. Folglich lehnen wir die Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) entschieden ab.
Das Anpassungsgesetz der Bundesregierung sieht vor, dass Menschen, deren Verfahren nach Dublin Verordnung behandelt wird, in extra dafür vorgesehene Einrichtungen untergebracht werden - Erwachsene bis zu zwei Jahre, Kinder und Familien bis zu einem Jahr. Die Praxis bestehender Dublin Einrichtungen sowie der geplanten Lager an den europäischen Außengrenzen zeigt, dass diese Aufnahmeeinrichtungen durch Auflagen und Sperrstunden faktisch zu Gefängnissen werden. Asylsuchenden kann künftig vollständig das Verlassen der Einrichtungen untersagt werden und auch Kinder dürfen nun „zu ihrem eigenen Wohl“ inhaftiert werden. Gleichzeitig wird der Rechtsbeistand gegen solche Maßnahmen weiter ausgehöhlt.

Wenn es der „Funktionsfähigkeit“ der Hafteinrichtung dient, dürfen Organisationen, die Rechtsberatung anbieten, die Einrichtungen nicht mehr betreten. De facto verlieren Geflüchtete damit die Chance auf eine kostengünstige Rechtsberatung. Klagen verlieren ihre aufschiebende Wirkung und so kann künftig rechtswidrig abgeschoben werden.

Das „GEAS-Anpassungsgesetz“ bedeutet die Aussetzung des Rechtsstaates für Schutzsuchende. Die faktische Aussetzung von Grundrechten kann und darf niemals bestand politischer Gesetzgebungen sein, egal wo und egal wann.
Die Argumentation, dass solche Maßnahmen notwendig seien, um den sozialen Frieden zu wahren, bleibt eine Nebelkerze, mit der - in Zeiten von Sozialabbau und Militarisierung - Arme gegen noch Ärmere ausgespielt werden sollen. Im Gegenteil: Der Prüfstein eines jeden Rechtsstaates ist, ob er auch die vulnerabelsten Gruppen schützt. Wenn er das nicht tut, stehen für uns alle plötzlich eigentlich universelle Rechte wieder zur Disposition.
Entsprechend fordert der Landesparteitag unsere Fraktion auf, diese Position gegenüber dem Koalitionspartner deutlich zu machen und eine Zustimmung des Landes für das „GEAS-Anpassungsgesetz“ im Bundesrat zu verhindern.